



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

GZ 350.90/5-PR.6/2003

An das
Präsidium des Nationalrats
Parlament
Dr. Karl Renner-Ring 3
1010 Wien

Museumstraße 7
A-1070 Wien

Briefanschrift
A-1016 Wien, Postfach 63

e-mail
post@bmj.gv.at

Telefon Telefax
01/52 1 52-0* 01/52 1 52/2727

Sachbearbeiter Mag. Georg Stawa

Klappe 2250

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gerichtsorganisationsgesetz
geändert wird;
Begutachtungsverfahren.

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, gemäß einer Entschließung des Nationalrates den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gerichtsorganisationsgesetz geändert wird, samt Erläuterungen in 25-facher Ausfertigung mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme zu übersenden.

Die im Begutachtungsverfahren befassten Stellen wurden um Stellungnahme bis

6. November 2003

ersucht.

Es darf darauf hingewiesen werden, dass der Gesetzesentwurf auch auf der Website des Bundesministeriums für Justiz (www.bmj.gv.at) zur Einsicht und zum Download bereitsteht.

3. Oktober 2003
Für den Bundesminister:
Dr. Anton Paukner

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gerichtsorganisationsgesetz geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes

Das Gerichtsorganisationsgesetz, RGBI. Nr. 217/1896, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 134/2002, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 26 Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) Für die Geschäftsverteilung dürfen Parteiangaben nur soweit herangezogen werden, als diese in Klagen oder anderen verfahrenseinleitenden Eingaben auf Grund gesetzlicher Vorgaben jedenfalls enthalten sein müssen.“

2. § 30 Abs. 1 lautet:

„(1) Gerichtshöfe erster Instanz sind die Landesgerichte einschließlich des Handelsgerichtes Wien und des Arbeits- und Sozialgerichtes Wien.“

3. Nach § 32 Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) § 26 Abs. 1a ist anzuwenden.“

4. Im § 41 wird nach dem Wort „Vizepräsident“ der Klammerausdruck „(beim Oberlandesgericht Wien zwei Vizepräsidenten)“ eingefügt.

5. Im § 43 Abs. 1 wird die Wendung „durch den Vizepräsidenten“ durch die Wendung „durch den (die) Vizepräsidenten“ ersetzt.

6. § 78 lautet:

„§ 78. (1) Aufsichtsbeschwerden können

1. soweit sie Richter eines Bezirksgerichtes betreffen, beim Vorsteher des Bezirksgerichtes,
2. soweit sie den Vorsteher eines Bezirksgerichtes oder Richter des Gerichtshofes erster Instanz betreffen, beim Präsidenten dieses Gerichtshofes und
3. soweit sie den Präsidenten eines Gerichtshofes erster Instanz betreffen, beim Präsidenten des Oberlandesgerichtes angebracht werden.

Alle nicht offenbar unbegründeten Beschwerden sind dem betreffenden Gericht oder Richter mit der Aufforderung mitzuteilen, binnen bestimmter Frist der Beschwerde abzuhelpen und darüber zu berichten oder die entgegenstehenden Hindernisse bekanntzugeben.

(2) Aufsichtsbeschwerden, die ein Oberlandesgericht oder den Obersten Gerichtshof betreffen, sind bei den Präsidenten dieser Gerichtshöfe, Aufsichtsbeschwerden, die einen Präsidenten selbst betreffen, beim Bundesministerium für Justiz anzubringen und gemäß Abs. 1 letzter Satz zu behandeln.

(3) Aufsichtsbeschwerden über andere Gerichtsbedienstete können auch beim Leiter der zuständigen Gerichtsabteilung oder beim Vorsteher der Geschäftsstelle oder beim Vorsteher des Gerichtes angebracht werden. Aufsichtsbeschwerden über Gerichtsvollzieher sind jedenfalls dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes vorzulegen und von diesem zu behandeln.

(4) Wer in einer Aufsichtsbeschwerde die der Justiz schuldige Achtung verletzt oder Richter, Rechtspfleger, Staatsanwälte, andere Justizbedienstete, Parteien, Vertreter, Bevollmächtigte, Zeugen oder Sachverständige beleidigt, ist, unbeschadet einer strafgerichtlichen Verfolgung, von dem nach Maßgabe der Abs. 1 bis 3 zuständigen Dienststellenleiter mit einer Ordnungsstrafe (§ 220 der Zivilprozessordnung) zu belegen.“

7. Dem § 98 wird folgender Abs. 11 angefügt:

„(11) In der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. I XXX/2003 treten in Kraft

1. § 26 Abs. 1a und § 32 Abs. 1a mit 1. Februar 2004,
2. § 78 Abs. 3 mit 1. Jänner 2004 und
3. die übrigen Bestimmungen mit dem der Kundmachung folgenden Tag.“

Beilage./A zu JMZ 350.90/5-PR 6/2003

(Stand: 30. September 2003)

VORBLATT**Problem:**

Die bestehende Rechtslage eröffnet die Möglichkeit, für gerichtliche Geschäftsverteilungen Parteiangaben heranzuziehen, die nicht jedenfalls in Klagen oder anderen verfahrenseinleitenden Eingaben enthalten sein müssen. Dies führt zu vom Einschreiter nicht vorhersehbaren Verbesserungsaufträgen und Verzögerungen des Verfahrens.

Nach Auflassung des Jugendgerichtshofes Wien mit Ablauf des 30. Juni 2003 durch BGBl. I Nr. 30/2003 entspricht § 30 Abs. 1 GOG nicht mehr den rechtlichen Gegebenheiten.

Nach Einrichtung einer zweiten Planstelle eines Vizepräsidenten beim Oberlandesgericht Wien sind die gesetzlichen Regelungen, welche bisher ausdrücklich nur auf einen Vizepräsidenten bei jedem Oberlandesgericht abstellen, anzupassen.

§ 78 GOG regelt die Beschwerden von Verfahrensbeteiligten wegen Verweigerung oder Verzögerung der Rechtspflege. Im Rahmen eines vom Bundesministerium für Justiz initiierten Projektes zur Reorganisation der Fahrnisexekution werden an den Oberlandesgerichten für die Angelegenheiten der Fahrnisexekution Planungs- und Leitungseinheiten (FEX-Planungs- und Leitungseinheiten) eingerichtet. Diese sind in § 78 GOG in der derzeit geltenden Fassung nicht berücksichtigt.

Ziel und Inhalt:

Anpassung der Bestimmungen im Gerichtsorganisationsgesetz an den aktuellen Stand der Rechts- und Organisationsentwicklung, insbesondere unter Bedachtnahme auf folgende Zielsetzungen:

- Anpassung der gesetzlichen Regelungen über die Zahl der Vizepräsidenten an den Oberlandesgerichten nach Einrichtung einer zweiten Planstelle eines Vizepräsidenten beim Oberlandesgericht Wien.
- Verlagerung der Aufsichtsbeschwerden gegen Gerichtsvollzieher zum Präsidenten des Oberlandesgerichtes in § 78 GOG in Unterstützung der im Rahmen der EO-Novelle 2003 angestrebten weiteren Steigerung der Effizienz der Fahrnisexekution.

Alternative:

Beibehaltung der nicht mehr zeitgemäßen, unpassenden und unbefriedigenden geltenden Regelungen.

Finanzielle Auswirkungen:

Mit der Ermöglichung von Aufsichtsbeschwerden gemäß § 78 GOG an die FEX-Planungs- und Leitungseinheiten bei den Oberlandesgerichten kommt es zu Effizienzsteigerungen und Verwaltungsvereinfachungen im Beschwerdewesen, die auch - jedoch nicht näher bezifferbare - Einsparungen erwarten lassen.

Die Änderungen des Gerichtsorganisationsgesetzes erfordern daher keine Mehrkosten.

EU-Konformität:

Gegeben.

Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:

Durch die gesteigerte Effizienz des Beschwerdewesens im Rahmen der Fahrnisexekution kommt es zu einer verbesserten Abwicklung der Fahrnisexekutionsverfahren. Dadurch wird der Wirtschaftsstandort Österreich gefördert. Dies wirkt sich auch positiv auf die Beschäftigung aus.

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Teil

Zielsetzungen und Inhalt des Entwurfs:

Die bestehende Rechtslage eröffnet die Möglichkeit, für gerichtliche Geschäftsverteilungen Parteiangaben heranzuziehen, die nicht jedenfalls in Klagen oder anderen verfahrenseinleitenden Eingaben enthalten sein müssen. Dies führt zu vom Einschreiter nicht vorhersehbaren Verbesserungsaufträgen und Verzögerungen des Verfahrens. Ziel ist es daher im Rahmen der Steigerung der Effizienz und Transparenz gerichtlicher Verfahren Vorgaben zu normieren, dass für die Geschäftsverteilung Parteiangaben nur soweit herangezogen werden dürfen, als diese in Klagen oder anderen verfahrenseinleitenden Eingaben auf Grund gesetzlicher Vorgaben jedenfalls enthalten sein müssen.

Nach Auflassung des Jugendgerichtshofes Wien durch BGBl. I Nr. 30/2003 mit Ablauf des 30. Juni 2003 entspricht § 30 Abs. 1 GOG nicht mehr den rechtlichen Gegebenheiten, er ist der neuen Rechtslage anzupassen.

Nach der zur Abdeckung des gestiegenen Verwaltungsanteils im OLG-Sprengel Wien als mit Abstand größtem Oberlandesgerichtssprengel erfolgten Umwandlung einer Planstelle eines Senatspräsidenten in eine zweite Planstelle eines Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts Wien sind entsprechende Anpassungen der §§ 41 und 43 GOG vorzunehmen.

Weiters wurde im Rahmen der Bemühungen um eine Reformierung und Effizienzsteigerung des Exekutionsverfahrens vom Bundesministerium für Justiz bei einem Beratungsunternehmen eine Studie zum Gerichtsvollzieherwesen in Auftrag gegeben. Diese Studie empfiehlt u.a. die Schaffung zentraler Steuerungseinheiten bei den Oberlandesgerichten zur Gewährleistung eines effizienten und sparsamen Controllings. Diese zentralen Steuerungseinheiten wurden in Form der „FEX-Planungs- und Leitungseinheiten“ mit 1. September 2003 bei den Oberlandesgerichten eingerichtet und sollen ab 1. Jänner 2004 operativ tätig sein.

Unter anderem werden von dieser Planungs- und Leitungseinheit auch die Beschwerden gemäß § 78 GOG von Beteiligten im Exekutionsverfahren wegen Verweigerung oder Verzögerung der Rechtspflege wahrzunehmen sein. § 78 GOG ist daher dahingehend anzupassen, dass Aufsichtsbeschwerden gegen Gerichtsvollzieher dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes vorzulegen und von diesem zu behandeln sind.

Die Novelle wird aber auch zum Anlass für begriffliche Bereinigungen genommen.

Zuständigkeit:

Die Zuständigkeit des Bundes ergibt sich aus Art. 10 Abs. 1 Z 6 B-VG.

Finanzielle Auswirkungen:

Auf die Ausführungen im Vorblatt wird verwiesen.

Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:

Der vorliegende Entwurf stellt auf eine Steigerung der Effizienz der Fahmisexekution ab. Dadurch wird der Wirtschaftsstandort Österreich gefördert. Dies wirkt sich auch positiv auf die Beschäftigung aus.

Beilage./A zu JMZ 350.90/5-PR 6/2003

(Stand: 30. September 2003)

BESONDERER TEIL**Zu § 26 Abs. 1a und § 32 Abs. 1a GOG (Z 1 und 3):**

Die bestehende Rechtslage eröffnet die Möglichkeit, für Geschäftsverteilungen der Bezirksgerichte und Gerichtshöfe 1. Instanz Parteiangaben heranzuziehen, die nicht jedenfalls in Klagen oder anderen verfahrenseinleitenden Eingaben enthalten sein müssen. Dies führt zu von der Partei des gerichtlichen Verfahrens nicht vorhersehbaren Verbesserungsaufträgen und Verzögerungen des Verfahrens. Ziel ist es daher im Rahmen der Steigerung der Effizienz und Transparenz gerichtlicher Verfahren und Strukturen zu normieren, dass für die Geschäftsverteilung Parteiangaben nur soweit herangezogen werden dürfen, als diese in Klagen oder anderen verfahrenseinleitenden Eingaben auf Grund gesetzlicher Vorgaben jedenfalls enthalten sein müssen. Diese sind für den Einschreiter vorhersehbar. Verbesserungsaufträge zur Erlangung weiterer, lediglich für die Bestimmung der internen gerichtlichen Zuständigkeit verlangter zusätzlicher Angaben, werden samt dadurch entstehender Verzögerungen des Verfahrens vermieden.

Zu § 30 Abs. 1 GOG (Z 2):

Nach Auflassung des Jugendgerichtshofes Wien durch BGBl I Nr. 30/2003 mit Ablauf des 30. Juni 2003 entspricht § 30 Abs. 1 GOG nicht mehr den rechtlichen Gegebenheiten. Er ist der neuen Rechtslage anzupassen und die Anführung des ehemaligen Jugendgerichtshofes Wien aus dieser Norm zu streichen.

Zu § 41 und § 43 Abs. 1 GOG (Z 4 und 5):

Nach erfolgter Umwandlung einer Planstelle eines Senatspräsidenten in eine zweite Planstelle eines Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts Wien zur Abdeckung des gestiegenen Verwaltungsanteils im OLG-Sprengel Wien als mit Abstand größtem Oberlandesgerichtssprengel sind § 41 und § 43 Abs. 1 GOG, welche bisher begrifflich nur auf einen Vizepräsidenten bei jedem Oberlandesgericht abstellen, entsprechend anzupassen.

zu § 78 GOG (Z 6):

Die Neuregelung des § 78 GOG sieht nun auch vor, dass Aufsichtsbeschwerden der Beteiligten wegen Verweigerung oder Verzögerung der Rechtspflege gegen Gerichtsvollzieher im Sinne des Abs. 3 dieser Bestimmung beim Präsidenten des Oberlandesgerichtes angebracht werden können bzw. diesem vorzulegen sind.

Im Rahmen begrifflicher Bereinigungen sind in § 78 GOG veraltete Begriffsformen dem modernen Sprachgebrauch anzupassen.

zu § 98 Abs. 11 GOG (Z 7):

§ 98 regelt das Inkrafttreten. § 26 Abs. 1a und § 32 Abs. 1a GOG haben entsprechend der vereinzelt anzupassenden Geschäftsverteilungen auf den Beginn des Geschäftsverteilungsjahres mit 1. Februar abzustellen. Die bei den Oberlandesgerichten mit 1. September 2003 eingerichteten FEX-Planungs- und Leitungseinheiten sollen nach außen ab 1. Jänner 2004 tätig werden. Die Neufassung des § 78 GOG hat daher am 1. Jänner 2004 in Kraft zu treten; die übrigen Bestimmungen treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

Textgegenüberstellung

In die nachfolgende Textgegenüberstellung werden Texte nicht aufgenommen, denen kein bisheriger Text gegenübersteht.

Geltende Fassung:**Vorgeschlagene Fassung:**

.....

Gerichtsorganisationsgesetz

Z 2:

Gerichtshöfe erster Instanz

§ 30. (1) Gerichtshöfe erster Instanz sind die Landesgerichte sowie das Handelsgericht Wien, der Jugendgerichtshof Wien und das Arbeits- und Sozialgericht Wien.

Z 4:

Oberlandesgerichte

§ 41. Bei jedem Oberlandesgericht sind ein Präsident, ein Vizepräsident sowie die erforderliche Anzahl von Senatspräsidenten und Richtern zu ernennen.

Z 5:

§ 43. (1) Der Präsident wird bei seinen Aufgaben nach Maßgabe der von ihm zu erlassenden Geschäftseinteilung für Justizverwaltungssachen durch den Vizepräsidenten sowie auch durch Senatspräsidenten und/oder andere Richter unterstützt und vertreten. Für die Mitarbeit von Senatspräsidenten und Richtern des Oberlandesgerichtes sind Planstellen des Oberlandesgerichtes im Ausmaß von 0,85 vH der dem Oberlandesgerichtssprengel zugewiesenen Richterplanstellen (ohne Planstellen mit besonderer gesetzlicher Zweckwidmung) gebunden.

Z 6:

§ 78. (1) Beschwerden der Beteiligten wegen Verweigerung oder Verzögerung der Rechtspflege können,

1. soweit sie Richter eines Bezirksgerichtes betreffen, beim Vorsteher des Bezirksgerichtes,
2. soweit sie den Vorsteher eines Bezirksgerichtes oder Richter des Gerichtshofes erster Instanz betreffen, beim Präsidenten dieses Gerichtshofes und
3. soweit sie den Präsidenten eines Gerichtshofes erster Instanz betreffen, beim Präsidenten des Oberlandesgerichtes angebracht werden.

Z 2:

Gerichtshöfe erster Instanz

§ 30. (1) Gerichtshöfe erster Instanz sind die Landesgerichte einschließlich des Handelsgerichtes Wien und des Arbeits- und Sozialgerichtes Wien.

Z 4:

Oberlandesgerichte

§ 41. Bei jedem Oberlandesgericht sind ein Präsident, ein Vizepräsident (beim Oberlandesgericht Wien zwei Vizepräsidenten) sowie die erforderliche Anzahl von Senatspräsidenten und Richtern zu ernennen.

Z 5:

§ 43. (1) Der Präsident wird bei seinen Aufgaben nach Maßgabe der von ihm zu erlassenden Geschäftseinteilung für Justizverwaltungssachen durch den (die) Vizepräsidenten sowie auch durch Senatspräsidenten und/oder andere Richter unterstützt und vertreten. Für die Mitarbeit von Senatspräsidenten und Richtern des Oberlandesgerichtes sind Planstellen des Oberlandesgerichtes im Ausmaß von 0,85 vH der dem Oberlandesgerichtssprengel zugewiesenen Richterplanstellen (ohne Planstellen mit besonderer gesetzlicher Zweckwidmung) gebunden.

Z 6:

§ 78. (1) Aufsichtsbeschwerden können

1. soweit sie Richter eines Bezirksgerichtes betreffen, beim Vorsteher des Bezirksgerichtes,
2. soweit sie den Vorsteher eines Bezirksgerichtes oder Richter des Gerichtshofes erster Instanz betreffen, beim Präsidenten dieses Gerichtshofes und
3. soweit sie den Präsidenten eines Gerichtshofes erster Instanz betreffen, beim Präsidenten des Oberlandesgerichtes angebracht werden.

Beilage./A zu JMZ 350.90/5-PR 6/2003

(Stand: 30. September 2003)

Alle nicht offenbar ungegründeten Beschwerden sind dem betreffenden Gerichte oder richterlichen Beamten mit der Aufforderung mitzuteilen, binnen bestimmter Frist der Beschwerde abzuweichen und darüber Anzeige zu erstatten, oder die entgegenstehenden Hindernisse bekanntzugeben. Mit der Aufforderung kann unter Umständen die Androhung von Disziplinarmaßnahmen verbunden werden.

(2) Beschwerden, die gegen Oberlandesgerichte oder gegen den Obersten Gerichtshof und Cassationshof wegen Verweigerung oder Verzögerung der Rechtspflege erhoben werden, sind bei den Präsidenten dieser Gerichtshöfe, die einen Präsidenten selbst betreffen, beim Bundesministerium für Justiz anzubringen und gemäß Abs. 1 letzter Satz zu behandeln.

(3) Gegen Beamte der Gerichtskanzlei und Vollstreckungsbeamte können Beschwerden wegen Nichtbefolgung oder unrichtiger Vollziehung der ihnen gesetzlich obliegenden oder vom Gerichte aufgetragenen Amtshandlungen, sofern nicht für einzelne Fälle etwas anderes angeordnet ist, mündlich oder schriftlich bei den mit der Aufsicht über die Gerichtskanzlei betrauten Beamten, bei dem Executionscommissär oder bei dem Vorsteher des Gerichtes angebracht werden.

(4) Wer in einer Aufsichtsbeschwerde die dem Gerichte schuldige Achtung durch beleidigende Ausfälle verletzt oder Richter, Beamte, Parteien, Rechtspfleger, Vertreter, Bevollmächtigte, Zeugen oder Sachverständige grundlos beleidigt, ist, unbeschadet der deshalb eintretenden strafgerichtlichen Verfolgung vom Vorsteher des Gerichtes oder der Justizbehörde, bei der die Beschwerde eingebracht wurde, mit einer Ordnungsstrafe (§ 220 der Zivilprozeßordnung) zu belegen.